



22. Juni 2015 in Genf: Demonstration gegen den COI-E-Bericht (Foto: Nahom Meheret)

LASST UNS IN FRIEDEN LEBEN

**Für Gerechtigkeit, Aufhebung der
UN-Sanktionen und ein Ende der
Diffamierungskampagne gegen Eritrea**

INHALT

3	Editorial
4	Gibt es Eritrea 2 Mal? <i>Martin Zimmermann</i>
6	Politische Verleumdung unter dem Deckmantel „Menschenrechte“ <i>E-SMART</i>
9	Eine eritreische Sicht des UN-COI-E-Berichtes <i>Simon Tesfamariam</i>
12	„Im Westen wird ein verzerrtes Bild gezeichnet“ <i>Interview mit Martin Zimmermann</i>
15	Flucht ist keine Lösung <i>Toni Locher</i>
18	Die Kampagne gegen die 2%-Steuer (Rehabilitation and Recovery Tax/RRT) <i>Toni Locher</i>
20	Weitere nicht fundierte Anschuldigungen der COI-E: "Menschenrechtsverletzungen in der Bisha-Mine" <i>Martin Zimmermann</i>
21	Eritrea, „Oase des Friedens“ <i>Alex Reichmuth</i>
24	„Lasst uns in Frieden leben“ <i>Toni Locher</i>
25	Zum Googeln
27	Gedicht: Gibt es ein zweites Eritrea? <i>Angesom Isaak</i>

Herausgeber

Martin Zimmermann, freier Journalist in Plochingen/D, Buchautor (Eritrea-Aufbruch in die Freiheit/1990)
Vorsitzender des Eritrea-Hilfswerk Deutschland (EHD). Er begleitet seit 1982 Projekte in Eritrea.
Zur Projektarbeit: www.eritrea-hilfswerk.de

Toni Locher, Frauenarzt in Wettingen/Schweiz, Buchautor (Handbuch Eritrea/1991)
Honorarkonsul Eritreas in der Schweiz
Präsident des Schweizerischen Unterstützungskomitees für Eritrea (SUKE). Er begleitet seit 1977 Projekte in
Eritrea. Zur Projektarbeit: www.suke.ch

1. Auflage Juli 2015

Editorial

Von Toni Locher und Martin Zimmermann

Es sind eindrückliche Bilder aus Asmara/Eritrea: Am 20. Juni 2015 ziehen über 10 000 junge Menschen durch die Strassen der Hauptstadt und gedenken - unterstützt vom berühmten Olympia-Läufer Zerisenay Tadesse - der Gefallenen des Unabhängigkeitskampfes von 1961-1991 und des "Grenzkrieges" Äthiopiens gegen Eritrea von 1998-2000. Tausende von Kerzen brennen, in stiller Trauer gedenken die Menschen in Eritrea der Toten.

Zwei Tage später, am 22. Juni 2015, versammeln sich 6000 EritreerInnen aus der Diaspora Europas in Genf vor dem UNO-Gebäude: Auch sie gedenken der Toten und fragen die UNO, warum Äthiopien immer noch Teile Eritreas besetzt hält, warum die Sanktionen gegen Eritrea nicht aufgehoben werden und warum der UN-Menschenrechtsrat, beziehungsweise die Commission of Inquiry on Eritrea (COI-E) einen dermassen einseitigen Bericht veröffentlicht hat. Sie sind wütend, dass ihr Land, das sie selber gut kennen, weil sie fast jeden Sommer ihre Verwandten besuchen, von einer UN-Kommission als "Land des Grauens" bezeichnet wird.

Wir treffen in Genf eine junge Eritrea-Deutsche, Abinet Debesai. Sie sagt uns: "Wenn ich einen Bericht wie diesen UN-Bericht an meiner Universität eingereicht hätte, wäre er von meinem Professor wegen fehlender Beweiskraft zurückgewiesen worden". Am 24. Juni 2015 behandelt der UN-Menschenrechtsrat den umstrittenen Eritrea-Bericht: die westlichen Mitglieder der "internationalen Gemeinschaft" sind voll des Lobes für die harte Arbeit der COI-E. Der deutsche Präsident der aktuellen Session, Botschafter Rücker, kanzelt in verhaltenem Zorn den Delegationsleiter Eritreas, Botschafter Tesfamichael Gerahtu ab, dieser habe die Würde der COI-E verletzt, indem er den Bericht als "Hohn auf die Gerechtigkeit" bezeichnet hatte, der „nichts mit der Realität in Eritrea zu tun habe“.

Am 26. Juni 2015 können in Asmara 416 Studenten des College of Health Studies ihr Diplom entgegennehmen: Es sind 416 Hebammen, Pflegefachleute, Anästhesie-Pfleger, die mithelfen werden, dass Eritrea die Millennium Development Goals (MDG) auch über 2015 hinaus erreichen kann, dass weniger Mütter bei der Geburt sterben und mehr Kinder gut überleben als in allen Nachbarländern Eritreas. Am nächsten Tag erhalten 446 Studenten der Denden Commercial School ihre Zeugnisse als Buchhalter und Büro-Fachkräfte. Das sind in einem Land im Aufbau zentrale Menschenrechte: Das Recht auf Bildung und auf Gesundheit. Von dem, was acht Teilorganisationen der UNO lobend berichten, die im Land selbst tätig sind, war im grossen UNO-Palast in Genf nichts zu hören, dort ging es um die "Würde einer UNO-Teilorganisation und ihrer COI-E".

Einige der jungen Diplomierten werden vermutlich dem Ruf des Westens folgen und sich auf den gefährlichen Weg ins Paradies Europa machen. In Libyen werden sie die Hölle erleben, im Mittelmeer vielleicht ertrinken. Wenn sie Italien erreichen, werden sie zuerst desinfiziert wie Ebola-Kranke, obwohl sie nur die Krätze haben – es sind verstörende Bilder des latenten Rassismus in Europa gegenüber Flüchtlingen. Wenn Eritrea seitens des Westens nicht immer schlecht geredet würde, könnten sie – auch wenn der Lohn sehr tief ist – stolz sein auf das, was ihr junges Land in 24 Jahren erreicht hat. Der einzige Vorteil des COI-E-Berichts liegt darin, dass die Menschenschmuggler daraus jetzt ein präzises Handbuch für junge eritreische Asylsuchende machen werden, damit diese ihre zu 90 % erfundenen Fluchtgründe gut und glaubhaft den Asylbehörden in Europa präsentieren können. Das wird aber die echte Willkommenskultur für junge Asylsuchende aus Eritrea nicht verbessern.

Wettingen/Plochingen, 1. Juli 2015

Gibt es Eritrea 2 Mal?

Von Martin Zimmermann

Wer sich mit Eritrea beschäftigt, reibt sich im Moment verwundert die Augen. Einerseits wird Eritrea von Sprechern von UN-Organisationen als „vorbildlich für Afrika“ bezeichnet – andererseits wird in dem am 8. Juni veröffentlichten Bericht der Eritrea-Untersuchungskommission (Commission of Inquiry –COI) des UN-Menschenrechtsrats Eritrea als eine „menschenverachtende Diktatur, ein großes Gefängnis in dem willkürlich gefoltert und gemordet wird“ bezeichnet. Gibt es Eritrea 2 Mal? Ein Blick auf Fakten und Hintergründe lohnt sich.

Eritrea – „vorbildlich für Afrika“

Erst kürzlich wurde die Entwicklung Eritreas von Christine N. Umutoni, humanitäre Koordinatorin von UNDP, als „vorbildlich für Afrika“ bezeichnet. Sie lobte vor allem Eritreas Fortschritte in der Gesundheitsversorgung. Das Land, so Umutoni, „könne Afrika und dem Rest der Welt Lektionen darüber erteilen, wie diese Erfolge erreicht wurden“.

Umutonis Äußerung ist in einem UNDP-Bericht durch Fakten belegt: Seit Eritrea 1993 unabhängig wurde, ist die Kindersterblichkeit um zwei Drittel gesunken. die Sterblichkeitsrate von Frauen bei der Geburt sank um 78 Prozent. Malariafälle sind seit 1992 um über 85 Prozent zurückgegangen, seit der Unabhängigkeit stieg die Lebenserwartung von 48 auf 63 Jahre. Eritrea sei auf dem besten Weg im Gesundheitswesen die Millennium Development Goals (MDGs) 4, 5 und 6 zu erreichen.

Umutoni nennt auch den Grund dafür: „Der Schlüssel zum Erfolg Eritreas ist eine starke Regierung, die es geschafft hat, das Volk für ein klares Ziel zu motivieren und zu mobilisieren.“ Die Regierung Eritreas habe es erreicht, „einen einzigartigen Sinn für Gemeinschaft zwischen verschiedenen Ethnien und religiösen Gruppen zu schaffen“.

Auch Dr. Usman Abdulmumini, Repräsentant der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Eritrea lobte im September 2014 auf der UN Generalversammlung die Anstrengungen Eritreas und die positive Entwicklung des Gesundheitswesens im Land. Das sei nur durch eine starke Regierung, die Partizipation der Bevölkerung und der religiösen Führer, eifrigen Mitarbeitern im Gesundheitsbereich, dem effizienten Nutzen von Ressourcen und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Partnern möglich geworden.

Heute verhungert niemand in Eritrea, hatte 1991 nur jeder 14. Einwohner Zugang zu sauberem Wasser, sind es heute knapp 80 Prozent der Bevölkerung.

Natürlich, das betont auch Umutoni – und das wissen alle, die sich mit Eritrea beschäftigen - gibt es neben allen Erfolgen des Aufbaus in Eritrea noch viel zu tun. Zum Beispiel in der Schaffung von Arbeitsplätzen und folgend auch einer Bezahlung, die es ermöglicht ein selbstständiges Leben zu führen. Berücksichtigt werden muss auch, dass unberechtigte Sanktionen und der Zustand „zwischen Krieg und Frieden“, in dem Eritrea lebt (bis heute besetzen äthiopische Truppen Teile des Landes, lehnt Äthiopien eine endgültige friedliche Lösung und die Demarkation der Grenze ab) es schwer machen, volle Normalität ins Leben zu bringen. Davon ist in den Medien fast nichts zu lesen...

Eritrea – „menschenverachtendes Regime, systematische Folter“

Der Uno-Menschenrechtsrat wirft Eritrea willkürliche Hinrichtungen und systematische Folter vor. Die massiven Verletzungen der Menschenrechte könnten "den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen", heißt es in dem am 8. Juni 2015 veröffentlichten Bericht der COI. Zwangsarbeit, unbefristeter Militärdienst und ungesetzliche Inhaftierungen gehöre zum Alltag. Das Regime von Staatschef Isayas Afewerki stütze sich auf einen gewaltigen Sicherheits- und Geheimdienstapparat. „Die Informationen, die dieses alles durchdringende Kontrollsystem sammelt, werden in absoluter Willkür verwendet, um die Bevölkerung in ständiger Angst zu halten“, heißt es in dem 484-Seiten-Bericht. „In Eritrea herrscht nicht das Recht, sondern die Angst“, so der Bericht.

Dieser plakative Bericht der COI verbreitete sich blitzschnell in den Medien. Schlechte Nachrichten lassen sich immer besser verkaufen als Gute – und die Medien hierzulande lassen sich sogar noch darauf ein, eins draufzusetzen.

Die Berliner Tageszeitung Taz titelte folgendermaßen:

Oberzeile: UN-Bericht über Eritrea.

Schlagzeile: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In der Schlagzeile der Taz wird die Mutmaßung der COI zur Tatsache erhoben. Das ist ganz mieser Journalismus. Nachgehakt und recherchiert hat kein mir bekanntes Medium der Presselandschaft. Das wäre aber mehr als angebracht. Denn dieser Bericht lässt viele Fragen offen. Eine Entscheidende ist die Methode und die Grundlage, auf der dieser fußt.: Nach Angaben der Herausgeber auf 550 vertrauliche Interviews mit Zeugen außerhalb Eritreas sowie 160 schriftliche Berichte von Betroffenen. Befragt wurden Flüchtlinge aus Eritrea in Lagern in Äthiopien und Djibouti. Zu Wort kommen auch langjährige Gegner der eritreischen Regierung. Systematisch und über oppositionelle Webseiten koordiniert hat sich eine Unzahl eritreischer Oppositionsgruppen bei der „Untersuchungsarbeit“ der COI zu einem bereitgefunden: Den UN-Ermittlern das schlecht möglichste Bild Eritreas in den Block zu diktieren. Besonders verwerflich und durchschaubar: Man interviewte Flüchtlinge, die ein besseres Leben suchen und baut darauf einen Bericht für die Vereinten Nationen auf. Jeder, der sich auch nur ein klein wenig mit der Flüchtlingsthematik befasst hat weiß: Die Menschen in diesen Lagern und jene die in Europa ankommen sind gezwungen fürchterliche Geschichten von politischer Verfolgung zu erzählen, um als politisch oder religiös Verfolgter als Asylsuchender anerkannt zu werden.

Die Arbeit der COI hat mit Seriosität und Wahrheitsfindung nichts zu tun. Sie greifen bei ihren Untersuchungen nicht nur zu „Taschenspielertricks“ und erklären flugs jede normale Polizeistation im Land zum Hort der Folter – mehr noch: Sie mieden den Kontakt zu Augenzeugen vor Ort wie der Teufel das Weihwasser. In Eritrea sind zahlreiche (auch westliche) Diplomaten stationiert. Die hätten ihre Kenntnisse der Lage des Landes und der Bevölkerung in den Bericht einbringen können. Genauso wie das Internationale Rote Kreuz (IKRK) oder UN-Organisationen, die zum Teil schon seit vielen Jahren in Eritrea leben und arbeiten. Diese Organisationen sind namentlich:

- Food and Agriculture Organization (FAO)
- Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)
- Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)
- Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)
- United Nations Children’s Fund (UNICEF)
- United Nations Development Programme (UNDP)
- United Nations Population Fund (UNFPA)
- World Health Organization (WHO)

Es wäre ein Leichtes gewesen, von diesen Organisationen Stellungnahmen einzuholen. Doch diese wurden nicht befragt und ich behaupte: Mit Absicht. Denn die Vertreter dieser UN-Organisationen hätten mit Sicherheit den Bericht der COI durch ihre Aussagen in seinen Grundfesten erschüttert. Deshalb wurden diese Kenner der Situation vor Ort nicht in die Untersuchung einbezogen. Eine andere Erklärung gibt es dafür nicht.

Eritrea gibt es nur einmal. Ich bin seit Jahrzehnten regelmäßig in diesem Land. Ich habe die Entwicklung in diesem Land verfolgt. Ich kenne Land und Leute. Ich kenne auch einige junge Menschen persönlich, die das Land Richtung Europa verlassen haben. Ich habe noch immer Kontakt zu ihnen. Politisch verfolgt war keiner von ihnen. Diese jungen Menschen suchen ein besseres Leben als ihnen in einem Entwicklungsland geboten werden kann. Nicht mehr und nicht weniger. Urteilen über sie will ich nicht und vor allem will ich eines nicht: Diese Menschen, die auf ihrer Flucht Fürchterliches durchgemacht haben, politisch instrumentalisieren. Selbst davor ist die COI nicht zurückgeschreckt. Das ist zynisch.

Politische Verleumdung unter dem Deckmantel "Menschenrechte"

Von E-SMART (Global Eritrean Movement Against Unjust Sanctions), 10. Juni 2015

Der herablassende Ton über die Unabhängigkeit Eritreas ist unmissverständlich. Und ebenso eindeutig ist die zugrundeliegende Absicht, die Souveränität Eritreas zu untergraben. Angesichts der verblüffend ähnlichen Wortwahl, mit der die äthiopische Minderheitsregierung Eritrea regelmäßig verteufelt, scheint eben diese Regierung maßgeblich an der politischen Verleumdung beteiligt zu sein, die am Montag, den 8. Juni 2015 als Bericht des UN-Menschenrechtsrates zur Situation in Eritrea veröffentlicht wurde.

Jeder, der sich durch den 484 Seiten umfassenden „Bericht“ der Eritrea-Untersuchungs-Kommission (COI-E) des UN-Menschenrechtsrates (UNHRC) quält, wird darin keine aussagekräftigen Informationen finden, sondern nur eine Reihe von Andeutungen und Mutmaßungen, die mit fragwürdigen Methoden aus höchst zweifelhaften Quellen gewonnen wurden. Die Informationen, die die Kommission dem UNHRC unterbreitet, beruhen weder auf Tatsachen noch auf empirischen Untersuchungen und geben deshalb die tatsächliche Situation in Eritrea nicht im Geringsten wieder. In Wahrheit sind die festgestellten Ergebnisse so unrealistisch, dass man meint, die Mitglieder der Untersuchungskommission - die selbst nie in Eritrea waren und nur mit wenigen, sorgfältig ausgewählten Asylsuchenden aus Eritrea Kontakt hatten - berichteten von einem schrecklichen Horrorland, das nur in ihrer wilden Fantasie existiert. Kurz gesagt, der Bericht der Untersuchungskommission enthält nichts als eine Menge von Lügen über Eritrea.

Ein echter Bericht besteht nicht in der Aufzählung einer „Langen Liste von Menschenrechtsverletzungen“, die von namenlosen Zeugen beschrieben werden, ohne dass Ort und Datum der angeblichen Vergehen überprüft wurden. Nichts von dem, was im Bericht der COI-E steht, hält einer empirischen Überprüfung stand. Die wenigen festzustellenden „Erkenntnisse“ stammen zumeist von Asylbewerbern und äthiopischen Geheimdienstleuten, die in unterschiedlichster Gestalt die schlecht oder gar nicht informierten Kommissionsmitglieder systematisch mit Informationsmaterial versorgten. So wurden zum Beispiel die von der COI-E bestimmten Zeugen (jene, die vor dem Menschenrechtsrat in Genf aus-

sagen sollten und jene „schriftlichen Zeugenaussagen“ von eritreischen Asylbewerbern in Djibouti, Äthiopien, Libyen und der Schweiz) speziell präpariert und instruiert von Personen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO`s), die schon lange für ihre Anti-Eritrea-Einstellung bekannt sind.

Dieser „Bericht“ der Untersuchungskommission ist nur ein weiterer von vielen Angriffen auf die Souveränität Eritreas und die Rechte des eritreischen Volkes. Während das höchste Recht eines Volkes - nämlich das Recht, in Frieden und in Sicherheit im eigenen Land zu leben - durch die Besetzung von eritreischem Staatsgebiet durch Äthiopien in hohem Maße verletzt wird; wird auch das Grundrecht der Menschen in Eritrea verletzt, sich gegen einen bis an die Zähne bewaffneten und von mächtigen Staaten finanzierten Todfeind zur Wehr zu setzen - durch illegale Sanktionen Das unabhängige, friedliche, in Harmonie lebende und selbstständige Eritrea mit dem Vorwurf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu belasten ist nicht nur eindeutig politisch motiviert, sondern auch Teil eines üblen Plans, die Leistungen und Erfolge des eritreischen Volkes zu kleinzureden.

Die Auflistung aller größeren und kleinen Städte Eritreas, die über eine örtliche oder regionale Polizeiwache verfügen und deren Bezeichnung als Gefängnisse und zu behaupten, dass das ganze Land ein einziges, großes Gefängnis sei - das alleine beweist, wie hinterhältig, unehrlich, primitiv und schlichtweg betrügerisch, dieser Bericht der COI-E ist. Selbst nach dieser Auflistung gibt es in Eritrea weniger „Gefängnisse“ als in allen anderen vergleichbaren Entwicklungsländern, die über tausende von Polizeiwachstellen verfügen. Außerdem sind die Behauptungen, die Menschen würden ihre Familienangehörigen und Nachbarn bespitzeln, falsch und unwahr. Sie unterstellen – mit rassistischem Unterton - Eritreer seien nicht besorgt um ihre Kinder, Familien und Nachbarn, obwohl dies doch ein Grundwert der Menschlichkeit ist. Die COI-E und ihre Geldgeber stellten Eritrea sogar auf eine Stufe mit Nordkorea. Dem widersprach der norwegische Justizstaatssekretär Jøran Kallemyr nach seinem Besuch in Eritrea ganz eindeutig. Das passt auch nicht zum Bild der offenen und dynamischen Gesellschaft Eritreas.

Mit dem aktuellen Bericht - der sich nicht von den Berichten der Sonderberichterstatterin in den letzten Jahren unterscheidet - wird einmal mehr versucht, der leichtgläubigen Weltöffentlichkeit falsche, aber sensationelle „Neuigkeiten“ zu servieren. Die meisten sind „aufgewärmte“ Aussagen von eritreischen Flüchtlingen und Deserteuren. Sie stammen auch von äthiopischen Beamten, deren arrogante Verweigerung der Umsetzung des „endgültigen und verbindlichen“ Schiedsspruchs der Äthiopisch-Eritreischen Grenzkommission EEBC wesentlich dazu beiträgt, dass der Zustand "zwischen Krieg und Frieden" weiterhin anhält, weil Äthiopien sich weigert, den beschlossenen Grenzverlauf anzuerkennen.

Der COI-E-Bericht wäre in Ordnung und sogar nützlich gewesen, würde er auf realen und konkret belegbaren Vorfällen beruhen und hätten die Autoren die Menschenrechte, die Würde, die Sicherheit und die Entwicklung des eritreischen Volkes im Blick. Da dem Bericht jedoch jegliche Glaubwürdigkeit fehlt, hat er lediglich die offensichtliche Mission der Kommission, Eritrea politisch zu destabilisieren, obwohl es als einziges Land am politisch instabilen Horn von Afrika und in der gesamten dortigen „Krisenregion“ immer wieder als „Insel des Friedens“ bezeichnet wird.

Mit einer raffiniert choreographierten Kampagne der gezielten Falschinformation - die hauptsächlich von Äthiopien ausgeht - wird Eritrea massiv schlecht gemacht, wobei die westlichen Medien die Eritrea-feindlichen Vorurteile unbesehen übernehmen und weiter verbreiten. In Wahrheit arbeitet Eritrea hart daran, sich aus dem Teufelskreis der Abhängigkeit zu befreien, der so viele afrikanische Staaten und insbesondere seine Nachbarn so sehr geschwächt hat. Die UN-Sonderberichterstatterin und die Untersuchungskommission wurden angeblich eingesetzt, um wichtige Fakten und Informationen zur Menschenrechtslage in Eritrea zu ermitteln, doch mit dem aktuellen Bericht ergibt sich ein ganz anderes Bild: Es scheint so, als ob beide Organe einen „Regimewechsel“ auf ihrer Agenda hätten.

Amnesty International (AI) und Christian Solidarity Worldwide (CSW) spielten eine wichtige Rolle bei der Ernennung der Sonderberichterstatterin für Eritrea und der Zusammensetzung der UN-Untersuchungskommission. Sie sorgten für eine Eritrea-feindliche Ausrichtung der beiden Organe. Die Ernennung der Sonderberichterstatterin Sheila Keetharuth – sie war zuvor Mitglied der Ostafrika-Gruppe von Amnesty International und hat 15 Jahre lang völlig haltlose Berichte über Eritrea verfasst und mehrere Kampagnen gegen Eritrea unterstützt - bestätigt dies eindringlich. Die CSW wiederum rühmte sich 2012 öffentlich, dass sie die für Nordkorea angewandte Vorgehensweise beim UN-Menschenrechtsrat auch im Fall von Eritrea unterstützen werde. Selbstverständlich dienten die vielen in dieser Zeit verfassten und veröffentlichten Berichte dieser Eritrea-feindlichen Gruppen und Personen nur dazu, Frau Keetharuth und ihren Kollegen weitere Munition zu liefern.

Neben der einseitigen Ernennung und Zusammensetzung der UN-Kommissionen ist die fragwürdige Auswahl der sogenannten "Zeugen" auch bei den beteiligten Personen und Organisationen erkennbar. Jeder unparteiische Beobachter hätte größte Bedenken hinsichtlich der primären und sekundären Quellen, die für die Berichterstattung über Eritrea herangezogen werden. So wird die große Mehrheit der in der Diaspora lebenden Eritreer völlig ignoriert. Stattdessen verbreiten politisch motivierte Personen und Gruppen immer wieder dieselben haltlosen Behauptungen und machen damit eine unparteiische und neutrale Berichterstattung der COI-E unmöglich.

Der Bericht der Untersuchungskommission spiegelt eine vorgefasste Meinung über die Situation in Eritrea wieder und die gesammelten Informationen wurden so bearbeitet, dass sie in die bereits vorgegebene Agenda passten. Die Informationen wurden nicht unabhängig und frei, sondern voreingenommen und subjektiv gewonnen. Sie sind auch ethisch nicht vertretbar, weil sie die Rechte der Asylbewerber und Flüchtlinge verletzen. Diese wurden getäuscht und unter schwierigsten Bedingungen in Äthiopien, Libyen und auf der Sinai-Halbinsel gezwungen, politische Statements und Erklärungen abzugeben.

Die Untersuchungskommission hat so die London-Lund-Richtlinien massiv verletzt, die Kommissionen zur Menschenrechtsermittlung zu absoluter Objektivität, Transparenz, Neutralität und Professionalität in ihrer Arbeit verpflichten.

Die folgenden, kurzen Auszüge aus dem **Untersuchungsbericht der dänischen Einwanderungsbehörde über Eritrea** vom November 2014 zeigen das ganze Ausmaß der Unstimmigkeiten im Bericht der Untersuchungs-Kommission COI-E:

- *Während ihres Aufenthalts in Asmara konnte die Delegation im Hotel und in Restaurants die Programme von CNN und BBC verfolgen. Die Delegation beobachtete, dass viele Menschen Smartphones benutzten. Im gesamten Hotel einschließlich der Empfangshalle war Internet verfügbar und es wurde offensichtlich von vielen Nicht-Gästen genutzt. Diese Beobachtungen widersprechen der Behauptung, Eritrea sei ein „überwachtes und zum Schweigen verdammtes“ Land.*
- *Die meisten Flüchtlinge verlassen Eritrea aus wirtschaftlichen Gründen und weil sie ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können, nicht aber wegen politischer Unterdrückung. ... Ein UN-Büro in Eritrea bestätigte, dass es in Eritrea kaum politische Flüchtlinge gibt. Diese Aussage steht in direktem Widerspruch zu den Andeutungen des COI-E-Berichts, warum einige Jugendliche Eritrea in Richtung Europa und Nordamerika verlassen.*
Eine westliche Botschaft in Eritrea erklärte ausserdem, dass „sie nach Abschluss ihrer Hochschul- oder Berufsausbildung ihren National Service in einem zivilen Arbeitsbereich leisten, der ihrer Qualifikation entspricht: So arbeitet ein Ingenieur zum Beispiel bei der Behörde für öffentliche Bauarbeiten, ein Buchhalter in einer staatlichen Bank oder Finanzbehörde. Die Wehrpflichtigen sind weder überarbeitet noch müssen sie unter

sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten, Sie werden nicht geschlagen, gefoltert oder schlecht versorgt.“ Dies ist eine zutreffende Beschreibung des "National Service" in Eritrea, es ist in keiner Weise „Sklavenarbeit“.

- Eine westliche Botschaft erklärte, „man hat weitgehend den Eindruck, dass die Regierung ihre Einstellung zum National Service gelockert hat“. So ist es heute einfacher, vom Dienst befreit zu werden und die National-Service-Pflicht für junge Leute scheint jetzt auf wenige Jahre beschränkt zu sein“. Dies steht ebenfalls in direktem Widerspruch zur Behauptung der COI-E, der National Service sei „unbegrenzt“.
- Eine westliche Botschaft erklärte, dass es zur Zeit keine Berichte gebe, dass rückkehrende Deserteure inhaftiert oder schwer bestraft würden. „Eine in Eritrea tätige internationale Organisation erklärte, es gebe keine Fälle von systematischer Verfolgung von Menschen, die das Land illegal verlassen hätten.“ Auch das widerspricht klar den falschen Informationen, die die Untersuchungskommission dem UN-Menschenrechtsrat vorgelegt hat.

Eine eritreische Sicht des UN-COI-E-Berichtes

Von Simon Tesfamariam, http://www.twitlonger.com/show/n_1smk10q

Es mag viele überraschen, dass die UN-Untersuchungskommission COI-E niemals vor Ort in Eritrea war. Nach Aussage der COI-E "sandte der Vorsitzende der Kommission eine schriftliche Anfrage mit der Bitte um Einreise an den Präsidenten von Eritrea, Seine Exzellenz Isayas Afwerki, erhielt jedoch keine Antwort." Nach zwei weiteren Versuchen gab die Kommission auf und bescheinigte der "Regierung von Eritrea mangelnde Kooperation".

Dabei werden keinerlei Gründe genannt, warum Eritrea nicht zur Zusammenarbeit bereit sei, sofern dies überhaupt der Fall wäre. Diese Gründe sind jedoch offensichtlich. Gemäß dem Anhang zu Resolution 5/1 wurde die Kommission ohne rechtliche Legitimation durch den UN-Menschenrechtsrat HRC eingesetzt.

In **Abschnitt II(A): Auswahl und Ernennung der Kommissionsmitglieder** heißt es:

"Für die Nominierung, Auswahl und Ernennung der Kommissionsmitglieder sind folgende Kriterien ausschlaggebend:

- (a) Sachkenntnis.
- (b) Erfahrung im Aufgabenbereich der Kommission
- (c) Unabhängigkeit.
- (d) Unparteilichkeit.
- (e) Integre Persönlichkeit.
- (f) Objektivität."

Der Bericht beweist jedoch, dass die Kommissionsmitglieder der COI-E weder unabhängig noch unparteiisch oder objektiv sind. Den deutlichsten Beweis liefert Kommissionsmitglied Sheila Keetharuth, die zuvor bereits Sonderberichterstat-

terin zur Menschenrechtslage in Eritrea war. Für ihre Berufung in die Kommission setzte sich Elsa Chyrum ein, eine regimemkritisch Aktivistin, die offen für Sanktionen gegen Eritrea eintritt.

Frau Keetharuth ist zudem eine frühere Mitarbeiterin von Amnesty international. Die Beziehungen dieser Organisation zu Eritrea sind nachhaltig gestört, seit sie 2006 des Landes verwiesen wurde, weil sie ihre Finanzen nicht offenlegen wollte. Die Problematik dieser Beziehung kommt eindeutig in einer von Amnesty International 2011 durchgesickerten Kurzmitteilung zum Ausdruck, in der Mitarbeiter wie Sheila Keetharuth in benachbarten afrikanischen Hauptstädten angewiesen wurden, "[in Eritrea] für einen Regimewechsel wie in anderen afrikanischen und arabischen Ländern wie Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrain zu sorgen."

Weiter heißt es in der Mitteilung, dass Amnesty International und Human Rights Watch (HRW) "eine beträchtliche Summe vom US-Außenministerium erhalten haben", um "zusammen mit dem unterdrückten Volk in Eritrea für die Einhaltung der Menschenrechte zu kämpfen. "Nach Keetharuths Ernennung durch den Menschenrechtsrat 2012 "protestierte Eritrea sofort gegen diese politisch motivierte Entscheidung des Rates und lehnte ihr Mandat als Sonderberichterstatterin für Eritrea ab. "Keetharuths Arbeit als Sonderberichterstatterin scheint die Vorbehalte der eritreischen Regierung zu bestätigen.

Da sie nicht nach Eritrea reisen konnte, sammelte sie die Informationen für einen ersten Bericht an den Menschenrechtsrat bei Asylbewerbern ausgerechnet in den beiden Ländern, mit denen sich Eritrea praktisch ständig im Krieg befindet: Äthiopien und Dschibuti.

Asylbewerber befinden sich aber in einem ständigen Interessenkonflikt, denn sie müssen einerseits ihre Verfolgung beweisen, um Asyl zu erhalten, und leben andererseits in Staaten, die ihrer Heimat Eritrea feindlich gesinnt sind. Doch das Sammeln von Informationen in Äthiopien und Dschibuti ist nicht unbedingt ein Problem. Das Problem ist, dass Sheila Keetharuth nur Asylbewerber in diesen beiden Ländern befragte und **dies außerhalb der Befugnisse ihres Mandats lag**. Als sie 2013 von Äthiopien nach Genf zurückkehrte und ihren Bericht vorlegte, gab sie zu, sich in Äthiopien nicht mit Mitarbeitern der UNO, sondern "mit Vertretern des Außenministeriums und dem Ministerium für Flüchtlinge und Rückkehrer (ARRA) sowie Vertretern der Afrikanischen Union getroffen zu haben" und auch "das Begrüßungszentrum des ARRA in Endabaguna sowie die Flüchtlingslager Adi-Harush und Mai-Aini in der Provinz Tigray besucht zu haben." Man beachte, dass diese Flüchtlingslager als "ARRA"- anstatt UNHCR-Lager bezeichnet werden.

Es stellt sich die Frage, wie sie unparteiische Informationen über Eritrea sammeln kann, wenn sie sich mit Angehörigen einer Regierung trifft, die ihre Kriegserklärung an Eritrea von 1998 immer noch nicht zurückgezogen hat. Ansonsten befragte sie keine weiteren Eritreer für ihre Untersuchung. Dabei versuchten fast 200 Organisationen von Eritreern in der Diaspora, die Sonderberichterstatterin nach ihrer Ernennung einzuladen und mit ihr zu sprechen. Dies ist auch ausführlich dokumentiert in dem umfangreichen Bericht über "Menschenrechte und die Realität in Eritrea: Es geht um den Zusammenhang", der 2013 von der Organisation E-SMART veröffentlicht wurde. Dabei steht E-SMART für Eritreans Sanctions Must be Annulled and Repealed Today (*in etwa: Die Sanktionen gegen Eritrea müssen sofort widerrufen und aufgehoben werden*).

Im Anhang des Berichts sind 25 E-Mails von im Ausland lebenden Eritreern an Frau Keetharuth (sr-eritrea@ohchr.org) aufgelistet, die sie zunächst gar nicht und später mit allgemeinen Ausflüchten beantwortete. Zumeist lauteten ihre erst nach Erscheinen des Berichts versandten E-Mails wie folgt: "Bitte entschuldigen Sie, dass ich Ihnen erst jetzt antworte." Diese E-Mails deuten ebenso wie ihre Tätigkeit darauf hin, dass Frau Keetharuth die Anforderung des Mandats, "die Befragung aller relevanten Beteiligten zu gewährleisten", nicht erfüllte.

Während der 26. Sitzung des Menschenrechtsrats im Genfer Palais des Nations nahm Frau Keetharuth auch an einer parallel stattfindenden Veranstaltung teil, die von Human Rights Watch finanziert und einer Gruppe namens Stopp National Service Slavery (in etwa: *Stoppt die Sklaverei beim Militärdienst*) organisiert wurde. So wurde, lange bevor die COI-E angeblich "Hinweise" auf "Sklaverei" in Eritrea fand, die Untersuchungskommission mit vorgegebenen Kampagnen und Informationen zur Sklaverei beeinflusst. Genau diese Gruppe demonstrierte auch vor dem Sitzungssaal des Menschenrechtsrats und forderte eine Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea.

An der Demonstration beteiligten sich auch Menschenhändler, die sich als Menschenrechtsaktivisten ausgaben (weitere Informationen dazu unter <https://redseafisher.wordpress.com/2015/05/19/the-traffic-racket-the-eritrean-activists-part-1/>).

Vor diesem Hintergrund wurde Sheila Keetharuth neben Victor Dankwa und Mike Smith, dem Vorsitzenden der Kommission, in die UN-Untersuchungskommission COI-E berufen. Wäre der Sonderberichterstatterin oder der COI-E die Einreise nach Eritrea erlaubt worden, so hätte dies ihre rechtswidrige Ernennung legitimiert und Eritrea zum Ziel einer "Schnüffeltour" gemacht, die das englische Wörterbuch Merriam-Webster definiert als "Ermittlungen, die nicht im Hinblick auf ein klar festgelegtes Ziel durchgeführt werden, sondern in der Hoffnung, belastende Hinweise oder sensationelle Erkenntnisse zu gewinnen."

Angesichts der unrechtmäßigen Einsetzung und dem daraus resultierenden, fehlenden rechtlichen Mandat der Sonderberichterstatterin und der COI-E war es der freien Entscheidung Eritreas überlassen, ihre Einreise zu erlauben oder nicht. Genauso wie von einem im Wettbewerb stehenden Unternehmen nicht verlangt werden kann, freiwillig der alleinigen Wirtschaftsprüfung und Untersuchung durch staatliche Ermittlungsbehörden ohne legale Vollmacht zuzustimmen, kann nicht erwartet werden, dass Eritrea freiwillig die Einreise der Sonderberichterstatterin oder Untersuchungskommission erlaubt, wenn diese über kein legales Mandat verfügen. Würde man, als Zeichen des guten Willens, eine solche Erlaubnis erteilen, käme es zur oben genannten Schnüffeltour, die die betroffene Partei einem unnötigen rechtlichen und finanziellen Risiko aussetzt, insbesondere wenn die Untersuchungen von ehemaligen Angestellten eines feindlich gesinnten Konkurrenten durchgeführt werden.

Daher kann kein vernünftiger Mensch erwarten, dass sich Eritrea trotz der großen Zahl und Eindringlichkeit von Anfragen seitens der sogenannten "Weltgemeinschaft" oder Mitgliedstaaten der UNO die Schlinge selbst um den Hals legt.

Doch ungeachtet dieses Rechtsprinzips und des Rechtes, die Einreise zu verweigern, wirft die COI-E Eritrea "mangelnde Kooperation" vor und rechtfertigt damit die außerordentlichen Maßnahmen, die sie in Überschreitung ihrer Befugnisse ergriffen hat. Insbesondere manipuliert die COI-E ihre Vorgehensweise so, dass sie ihren inquisitorischen Absichten entspricht. Wenn der Teufel im Detail steckt, verbirgt sich Satan ziemlich sicher im Abschnitt "Art der Vorgehensweise" des knapp 500 Seiten umfassenden Berichts der COI-E: In diesem Abschnitt erklärt die COI-E, als Standard für Beweismittel den "glaubhaften Anschein" festzulegen, da dies "der Praxis anderer Untersuchungsorgane der Vereinten Nationen entspricht, insbesondere denjenigen, die keinen Zugang zu Gebieten haben, in denen die angeblichen Verletzungen stattfinden."

Eine solche Erklärung ist durch keine Resolution des UN-Menschenrechtsrats gestützt, die sich auf die Arbeit von "speziellen Mandatsträgern" wie der COI-E bezieht. Neben der fehlenden rechtlichen Grundlage ist die Rechtfertigung sämtlicher Tätigkeiten mit dem Hinweis, alle anderen machten es genauso, nicht wirklich eine Rechtfertigung dieser Handlungsweise, sondern ein offensichtlich weit verbreiteter Irrglaube.

Dennoch ist in dem Bericht klar zu erkennen, wie die Anforderungen an Beweismittel erfüllt werden: "Für Untersuchungs-

kommissionen gelten die Anforderungen als erfüllt, wenn sie bei der Bewertung aller gesammelten Informationen, auch aus allgemein zugänglichen Quellen, zu dem Schluss kommen, dass es den glaubhaften Anschein hat, das Ereignis oder der Vorfall hat wie berichtet stattgefunden."Anders ausgedrückt heißt das, "die Anforderungen sind erfüllt, wenn die Untersuchenden die Anforderungen für erfüllt halten."

Es gib keine Beweismittel, die den Anforderungen entsprechen, da der COI-E die Einreise nach Eritrea verweigert wurde. Dazu erklärt die COI-E noch, dass sie versucht habe, Informationen durch "Interviews mit eritreischen Flüchtlingen, Auswanderern und anderen Mitgliedern der Diaspora" zu sammeln und dafür "550 vertrauliche Interviews" in 8 Ländern geführt habe. Die Interviews wurden als "vertraulich" bezeichnet, da die COI-E angeblich "fest davon überzeugt war, dass die eritreischen Behörden in der Lage waren, sie mit Hilfe eines Netzwerks von Spionen und Informanten unter den im Ausland lebenden Eritreern zu überwachen".

So ist es unmöglich, selbst die lächerlichsten und unwahrscheinlichsten Behauptungen zu prüfen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Frau Keetharuth und der COI-E zu glauben.

Einige Behauptungen in den angeblichen Interviews sind wirklich absurd. So etwa diese: „Wenn ich in Eritrea bin, habe ich das Gefühl, nicht einmal richtig denken zu können, weil ich Angst habe, dass die anderen meine Gedanken lesen können, und davor fürchte ich mich.“

Bei jeder anderen Befragung als der durch die COI-E würde diesen Befragten sehr wahrscheinlich für psychisch angeschlagen angesehen und die Aussage vom Bericht ausgeschlossen werden. Als Quelle für dieses Zitat ist das Kürzel "TFM038" angegeben, wodurch eine Überprüfung dieser Behauptung unmöglich wird. Solche Zitate und Quellenangaben finden sich fast auf jeder der knapp 500 Seiten.

Zudem gibt es keinerlei Niederschriften, dass unabhängige Analysten beurteilen könnten, ob die Worte aus dem Zusammenhang gerissen wurden oder ob die scheinbar psychisch angeschlagene Personen nur falsch zitiert wurden.

„Im Westen wird ein verzerktes Bild gezeichnet“

Interview mit Martin Zimmermann in der Esslinger Zeitung vom 9. Januar 2015.

Martin Zimmermann ist freier Journalist und Vorsitzender des Eritrea-Hilfswerks Deutschland (EHD) und besucht regelmäßig diesen ostafrikanischen Staat. Das Land wird oft wegen Bürgerrechtsverletzungen angeprangert. Aus Eritrea kommen viele Flüchtlinge zu uns. Roland Kurz sprach mit Martin Zimmermann über die Arbeit des EHD, die Beweggründe der Flüchtlinge und die Lage in diesem Land, das erst 1993 unabhängig wurde.

Seit wann engagieren Sie sich für Eritrea und wie kam es dazu?

Zimmermann: Ich habe in den 80er-Jahren in Esslingen eritreische Flüchtlinge kennengelernt, die mit der Spendenbüchse unterwegs waren und habe mich dann in der örtlichen EHD-Gruppe engagiert. Damals haben wir Menschen unterstützt, die in die von der eritreischen Volksbefreiungsfront kontrollierten Gebiete innerhalb Eritreas geflüchtet sind. Eritrea wurde in der Epoche der Entkolonialisierung nicht in die Selbstständigkeit entlassen, sondern Äthiopien zugeschlagen. Von 1961 bis 1991 kämpften die Eritreer um die Unabhängigkeit. 1984 bin ich erstmals in die Gebiete gereist, die von der eritreischen Befreiungsfront kontrolliert wurden. Ich wollte mir anschauen, für welche Projekte wir da Geld hinschicken. In dieser Zeit gab es eine große Hungersnot.

Welche Projekte unterstützt das Eritrea Hilfswerk heute?

Zimmermann: Seit vier Jahren unterstützen wir vor allem die Ausbildung von Anästhesisten. 2013 haben wir dafür 140000 Euro aufgebracht. Insgesamt haben wir voriges Jahr 417000 Euro in Projekte investiert.

Was hat Anästhesie mit Entwicklungspolitik zu tun?

Zimmermann: Sehr viel. Das hat 1993 begonnen, als ein Chefarzt aus Ludwigsburg in Eritrea eine Bestandsaufnahme machte. Es herrschten fürchterliche Zustände. Die Patienten wurden mit Äther betäubt, die Narkose nicht überwacht. Wir haben gebrauchte Narkosegeräte gesammelt und neue gekauft, alle vom gleichen Hersteller, damit das Land ein einheitliches System erhält. Seit 2010 hat deutsches Fachpersonal vor Ort 39 Anästhesisten ausgebildet. Jetzt können die Ärzte richtig arbeiten und es sterben weniger Menschen auf dem OP-Tisch. Das ist ein riesiger Fortschritt für so ein Land.

Die Schule an meinem Wohnort sammelt Geld für Brunnen in Eritrea. Was macht das EHD in der klassischen Entwicklungshilfe?

Zimmermann: Das sind nicht nur Brunnen. Das EHD unterstützt zahlreiche Projekte: Schulen, Kindergärten, Kriegsbehinderte, medizinische Projekte und natürlich auch Wasserprojekte, zum Beispiel nahe der Stadt Keren. Bisher mussten die 6000 Bewohner von vier Dörfern kilometerweit zu einem Wasserloch laufen. Das Wasser war nicht sauber und viele Kleinkinder holten sich Infektionen. Mit unserer Hilfe sind im Flusslauf vier Sandstaudämme gebaut worden. Das Prinzip ist einfach: Die Dämme halten die starken Fluten zurück und füllen sich mit Granitsand. Der filtert das Wasser mechanisch. Vom Reservoir am untersten Damm werden die Wasserstellen in der Ortsmitte versorgt. Die Dämme wurden zusammen mit den Dorfbewohnern gebaut.

Die Einheimischen müssen also mitarbeiten?

Zimmermann: Ja, nur so funktioniert Hilfe zur Selbsthilfe. Unsere Partner sind die Dorfkomitees, also gewählte Vertreter, genauso wie Regionalverwaltungen und Ministerien. Die Menschen, die mithelfen, werden aus Projektmitteln vier Tage bezahlt, einen Tag arbeiten sie umsonst. Nur so identifizieren sie sich mit dem, was entsteht. Das Wasser gibt's auch nicht umsonst. Täglich kann jede Familie 40 Liter holen und zahlt dafür einige Cent. Das Geld wird für Reparaturen angespart.

Warum fliehen derzeit so viel Menschen aus Eritrea, die unter anderem auch hier ankommen?

Zimmermann: Junge Leute haben dort keine ausreichende Perspektive. Das Land steckt nach wie vor in einer schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage – irgendwo zwischen Krieg und Frieden. ein komplexes Thema und schwer, in wenige Worte zu fassen. Der letzte Krieg mit Äthiopien ist zwar im Jahr 2000 beendet worden und 2002 legte das internationale Schiedsgericht in Den Haag eine Grenzziehung zwischen den Ländern fest. Doch 2003 lehnte Äthiopien diesen Schiedsspruch ab und hält bis heute eritreisches Territorium besetzt. Das ist wider internationales Recht, wird aber von der US-Administration gedeckt. Deshalb sieht sich Eritrea dazu gezwungen, eine Armee vorzuhalten. Die jungen Männer und Frauen müssen nach dem Militärdienst noch für wenig Geld in einem nationalen Service arbeiten. Das Geld reicht nicht, um eine Familie zu gründen.

Sie fliehen also aus wirtschaftlichen Gründen?

Zimmermann: Das kann man so sehen, aber kann man das verurteilen? Egal aus welchem Land – wer übers Mittelmeer gekommen ist, hat Vieles durchgemacht und sollte nicht als Wirtschaftsflüchtling abgestempelt werden. Ich wünsche mir, dass bei uns eine Willkommenskultur entsteht. Ich wünsche mir zudem, dass in der Politik die Erkenntnis reift, dass man in diesen Ländern uneigennützig helfen muss, damit die Menschen nicht zu uns kommen müssen.

Es heißt, in Eritrea werden Christen verfolgt.

Zimmermann: Christliche Amtskirchen haben keine Probleme, auch die Muslime bleiben unbehelligt. Verboten sind die Zeugen Jehovas, die Pfingstkirchen sowie andere Sekten, die aggressiv missionieren.

Auch Amnesty International berichtet über die Verfolgung von christlichen Gruppen in Eritrea.

Zimmermann: Amnesty recherchiert nicht vor Ort, sondern stützt sich auf Zweit- und Drittquellen. Ich habe ein anderes Bild. Die katholischen Bischöfe haben jüngst in einem offenen Brief die Regierung kritisiert, ohne Folgen befürchten zu müssen. Sekten sind in Afrika dafür bekannt, Hass zwischen den großen Religionen zu stiften. sie müssen in der Tat mit Repressionen rechnen.

Für Amnesty International ist Eritrea eine der letzten Diktaturen Afrikas. Halten Sie das Land für eine Demokratie?

Zimmermann: Nach unserem Verständnis ist es keine Demokratie, weil es eine Einheitspartei gibt. Aber auch dieses Thema ist komplex, eben weil Eritrea zwischen Krieg und Frieden schwebt. Es gibt lokale und regionale Wahlen. Freie Presse gibt es nicht, aber Zeitungen spielen dort auch keine große Rolle. Auf fast jeder Hütte steht jedoch eine Satellitenschüssel, auf der nicht nur das staatliche Fernsehen zu empfangen ist. Deutschen Sendern ist in den vergangenen Jahren keine Drehgenehmigung verweigert worden. Mich wundert nur, warum hinterher so ein einseitiges Bild vermittelt wird. Eritrea ist das einzige afrikanische Land, dass laut Weltgesundheitsorganisation vier der zehn UN-Millenniumsziele erreicht hat: Mütter- und Kindersterblichkeit gesenkt, Malaria beseitigt, Aids-Rate bei fast null und niemand verhungert.

Dann verstehe ich nicht, warum das Land so ein schlechtes Image hat.

Zimmermann: Weil wichtige Nachrichten – wie die Erfolge im Gesundheitswesen – der Öffentlichkeit vorenthalten

werden. Es gibt aber auch Journalisten mit wachen Augen. „Eritrea ist besser als sein Ruf“, hat kürzlich ein Schweizer Kollege seinen Bericht in der „Weltwoche“ getitelt. Für ihn und für mich hat es den Anschein, dass gezielt versucht wird, dieses Land schlechtzuschreiben. Wohl auch weil Eritrea versucht, mit eigenen Kräften klar zu kommen. Es kooperiert nicht so mit dem Westen, wie der sich das vorstellt. Eritrea hat große Vorkommen an Gold, Kupfer, Zink, Silber und Potasche. Aber es hat erst begonnen, sie abzubauen. Die eritreische Bergbaugesellschaft macht nur Verträge, laut denen 40 bis 50 Prozent der Rohstoffe im Land bleiben. Mit Recht! Das sind die Ressourcen, die für den Aufbau gebraucht werden. Zum Vergleich: Nigeria behält von seinem Rohöl nur sechs Prozent.

Sie kennen Politiker der eritreischen Führung seit vielen Jahren persönlich. Kann es sein, dass Sie das Land mit der rosaroten Brille betrachten?

Zimmermann: Nein, aber ich habe eine Sympathie für die Linie dieser Regierung: Eritrea baut auf seine eigene Kraft. Das widerspricht den Interessen von Industrieländern, die auf Rohstoffe scharf sind. Man darf nicht vergessen: Seit 2009 sind Sanktionen gegen Eritrea verhängt, weil es angeblich die Terrortruppe Al Shabaab in Somalia unterstützt hat. UN-Beobachter haben im Oktober erneut festgestellt, dass es dafür keinerlei Anhaltspunkte gibt. Aber die Sanktionen wurden um ein Jahr verlängert. Wer schaut da durch welche Brille? Noch eines möchte ich anmerken: Basis jeder demokratischen Entwicklung ist Frieden. Warum setzen sich Kritiker des Landes nicht dafür ein, dass die Weltgemeinschaft Äthiopien zur Anerkennung des Den Haager Schiedsspruchs und zum Friedensschluss mit Eritrea zwingt?

Flucht ist keine Lösung

Von Toni Locher

„In Eritrea bleiben heisst bei lebendigem Leibe sterben“, schrieb die deutsche Journalistin und Politaktivistin Sabine Mohamed im November 2013 in der Neuen Zürcher Zeitung NZZ. Journalisten, die nie in Eritrea waren, schreiben seit 2013 von Massenflicht, vom Massen-Exodus der Jugend Eritreas. Ihren Schilderungen nach müsste das Land leer sein – ausser einigen wenigen alten Menschen und Kindern.

Erstaunliche Bilder

Mehrere westliche Journalistinnen und Fernsightteams von ARD und BBC waren im Frühjahr 2015 in Asmara, sie zeigen Bilder einer schönen, sauberen und lebendigen Hauptstadt. Zum Beispiel: Sabine Bohland, ARD: „Eritrea zwischen Armut und Schönheit“ vom 10. April 2015. Oder das Foto auf der Rückseite dieser Broschüre vom 23. Mai 2015, aufgenommen am Vorabend des Unabhängigkeitstages in der Harnet Avenue, der Hauptstrasse Asmaras: Tausende von feiernden jungen Menschen.

Eritrea ist eine Diaspora-Nation

Ein Teil der Jugend Eritreas verlässt das Land, aber sie sind nicht die ersten, die in die Fremde gehen. Eritrea ist eine Diaspora-Nation. Schon während der italienischen Kolonialzeit sind eritreische Frauen nach Italien ausgewandert, um bei wohlhabenden italienischen Familien im Haushalt zu arbeiten. Während des 30-jährigen Unabhängigkeitskampfes (1961- 1991) sind hunderttausende Eritreer vor den Gräueltaten der äthiopischen Besatzungstruppen in den Sudan und weiter nach Europa und in die USA geflüchtet. Überall dort gibt es heute gut organisierte Eritrea-Diaspora-Gruppen, die

die Verbindung zur Heimat aufrechterhalten. Heute leben ca 1 Million Eritreer in der Diaspora.

Nicht Eritrea - Die Flucht ist die Hölle

Schwierig zu verstehen ist, dass die jungen Männer sich heute auf einen Weg in die Hölle begeben (heute vor allem in Libyen, früher im Sinai) und ihr Leben auf der Fahrt über das Mittelmeer riskieren; um dann in Italien zu landen („auch Italien ist die Hölle“) und weiter in den Norden in die Schweiz zu reisen, die für viele leider nur ein „Sozialhilfe-Paradies“ ist.

Trotzdem: der sinnlose Verlust an jungen Menschenleben tut weh. Jene, die die Höllenfahrt überleben, verlieren unterwegs ihre Würde und ihren Stolz. Hier in der Schweiz verlieren sie dann auch noch ihre Träume und Illusionen – weil die grosse Zahl der Antragsstellenden das Asylwesen zu sprengen droht. Deshalb haben 80% der Stimmenden im Juni 2013 der Verschärfung des Asylgesetzes zugestimmt, dass Dienstverweigerung und Desertion kein alleiniger Asylgrund mehr sind. Das war eine „Lex Eritrea“ und auf die jungen Männer aus Eritrea gemünzt. Da nützt kein Schönreden: Wenn 90% der jungen Eritreer in der Schweiz von der Sozialhilfe leben, ist das für ein reiches Land wie die Schweiz zwar noch tragbar, für die jungen Eritreer aber, die mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und einen interessanten Beruf gekommen sind, eine bittere Enttäuschung.

Die Peergroup ist entscheidend

Ich habe in Eritrea immer wieder ältere Männer, weise Frauen und sorgende Mütter getroffen, die mir gesagt haben, was sie gerne den Jungen unterwegs und in der Schweiz sagen möchten:

„Entscheidend für Euer Glück ist nicht der materielle Besitz, sondern ein Leben in Würde und Respekt – werdet Ihr in Europa respektiert oder seid Ihr dort Bürger zweiter und dritter Klasse?“

„Ihr zahlt einen hohen Preis, seid von den Eltern und der Gemeinschaft getrennt – lohnt sich das?“

„Lügt Euch nicht in die Tasche – wer über seine Heimat Schlechtes erzählt, schadet nicht nur Eritrea, sondern fügt seiner Seele Schaden zu.“

„Stolz kann man nur im eigenen Land sein – Ihr werdet es in Europa schwierig haben, stolz und aufrecht zu gehen“

Diese Worte der älteren Generation Eritreas stossen bei den Jungen in Asmara zurzeit leider auf taube Ohren. Zu gross ist der Trend, wegzugehen, zu gross die Verlockungen eines „besseren Lebens“ in der Schweiz.

Die Welt der Jungen ist die Welt der sozialen Medien, es ist die Facebook-Welt vom coolen Europa. Die Anziehungskraft des Paradieses Europa ist unwiderstehlich, irrational. Eine Freundin in Asmara sagte mir vor kurzem: „Wir können sagen, was wir wollen, wir erreichen die Jungen nicht mehr. Sie entscheiden in der Peergroup - wichtig für sie ist, was der Kollege - der es geschafft hat – per Facebook aus Zürich zurückmeldet.“

„Wohlhabende“ Auslands – Eritreer

Im Sommer werden über 10 000 Diaspora-Eritreer Sommerferien in ihrer Heimat machen und den Daheimgebliebenen zeigen, was man in Europa alles erreichen kann. Dabei verschweigen sie natürlich, dass das Erreichte oft nur ein Leben

in der Sozialhilfe ist – ein Leben in Würde? Ich hoffe, dass auch ein paar politisch bewusste junge Eritreer (Secondas und Secondos) im Juli nach Asmara fliegen und von der realen und schwierigen Welt im "Paradies Europa" berichten.

Politik, um Eritrea zu schwächen

Der verstorbene grosse "Führer" Äthiopiens Meles Zenawi hat es klar gesagt: „Um Eritrea in die Knie zu zwingen, brauchen wir keine einzige Kugel abzufeuern, wir müssen nur ein paar Flüchtlingslager an der Grenze aufbauen, um Eritrea auszubluten“.

Das UNO-Hilfswerk für Flüchtlinge UNHCR ist diesem Ruf gefolgt und hat im April 2009 in den „Eligibility Guidelines“ festgelegt, dass alle Eritreer, die in Äthiopien oder im Sudan ankommen und dies wünschen, einfach und formlos (pro facie-Anerkennung) den internationalen Flüchtlingsstatus erhalten.

Ebenfalls im April 2009 meldete der US-Botschafter in Asmara, Ronald K. McMullen nach Washington: „... wir planen, jungen Eritreern Studienplätze anzubieten, die in Opposition zur Regierung stehen...“ und „das Regime Eritreas steht kurz vor der Implosion“ (US Embassy Cables/WikiLeaks).

Asylrekurskommission

Zuvor schon (2005) hatte die Schweiz ihre Tore weit geöffnet und mit dem Entscheid der Asylrekurskommission junge Dienstverweigerer und Deserteure aus Eritrea zu VIP-Flüchtlingen gemacht. Die Folgen sind bekannt: heute sind Eritreer die grösste Gruppe von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen in der Schweiz (ca. 23 000). Unser Nachbarland Österreich beherbergt praktisch keine Flüchtlinge aus Eritrea, obwohl es auch auf dem Weg von Italien nach Norden liegt, den fast alle eritreischen Asylsuchenden auf sich nehmen. Die Asylsuchenden aus Eritrea fahren heute ziemlich unbehindert über den Brenner nach München.

Die jungen Eritreer sind „kompetente Flüchtlinge“ und wissen besser als andere Afrika-Flüchtlinge Bescheid über die besten und billigsten Fluchtrouten. Darum auch sagen Flüchtlinge aus Äthiopien und Somalia gerne „Wir sind alle Eritreer“. Nach zuverlässigen Schätzungen von Insidern bei den europäischen Immigrationsbehörden stammen ca. 20-30% der angeblichen Eritreer aus andern Ländern am Horn von Afrika (vor allem Äthiopier aus Tigray, sie sprechen die gleiche Sprache wie die Eritreer).

Fluchtgründe und Ängste

Die Zahlen sind jedoch nicht entscheidend. Viel wesentlicher für die jungen Asylsuchenden ist es, dass hier für den Asylentscheid nicht die schlimmen, traumatisierenden Erfahrungen unterwegs durch die Wüsten Libyens relevant sind, sondern die Fluchtgründe aus Eritrea. Und da wird es schwierig. Unser Asylgesetz zwingt sie, Lügen zu erzählen: dass sie z.B. in Eritrea zu den Pentekoste (missionierende Pfingstgemeinden) gehörten und deshalb an Leib und Leben verfolgt waren; Realität ist, dass fast alle jungen Asylsuchenden Mitglieder der anerkannten Kirchen in Eritrea sind (Orthodoxe Christen, Katholiken oder Lutheraner). Wenn die jungen eritreischen Männer in die Schweiz kommen, besorgen sie sich zuerst eine Bibel, um zu beweisen, dass sie bibeltreue Pentekoste sind. Und leben in ständiger Angst, von den Mitarbeitern des SEM /Staatssekretariat für Migration in Widersprüche betreffend Fluchtbiographie verwickelt zu werden. Seit der Publikation des COI-E-Berichts in Genf am 8. Juni 2015 können sie sich allerdings auf ein UNO-Dokument stützen, um ihre persönlichen Fluchtgründe zu legitimieren.

Ein Leben in ständiger Angst und Unsicherheit, in der Sozialhilfe, nicht willkommen im Paradies Schweiz: So verlieren die jungen Eritreer ihre Resilienz (Widerstandskraft), ihren Stolz und den aufrechten Gang. Hat sich die Flucht gelohnt?

„Jeder Mensch ist willkommen – kein Mensch ist illegal“ – diese humanitäre Utopie ist leider nirgendwo Realität, in der Schweiz von Tag zu Tag weniger. Willkommen sind die jungen EritreerInnen nur in Eritrea.

Die Regierung Eritreas macht ein Willkommens-Angebot:

- Schrittweise Reduzierung der Dienstzeit im National Service auf die für Friedenszeiten im Gesetz vorgesehenen 18 Monate
- Freiwillige Rückkehr ohne Bestrafung für Dienstverweigerung/Desertion und Republikflucht (Amnestieangebot).

Die Kampagne gegen die 2%-Steuer (Rehabilitation and Recovery Tax/RRT)

Von Toni Locher

Seit mehreren Jahren läuft die Kampagne der eritreischen Contra-Oppositionellen gegen die 2%-Diaspora-Steuer. Am 24. Juni 2015 fand vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf der "interaktive Dialog" mit der COI-E statt: Während der Vertreter Eritreas, Botschafter Tesfamichael Gerahtu gerade 2 Minuten Zeit für eine Replik hatte und vom Vorsitzenden abgeblockt wurde, konnten sich 10 sogenannte Menschenrechts-NGOs in Angriffen gegen Eritreas Regierung auslassen. Darunter war die bekannte Contra-Oppositionelle Selam Kidane aus London, die unter der Flagge der sehr bekannten NGO "Conscience and Peace Tax International" auftrat und am Schluss ihres Statements auch noch die 2%-Kampagne in der UNO lancieren wollte; wegen Zeitnot gelang ihr das nicht ganz. Es ist anzunehmen, dass die Kampagne in der Schweiz und in Deutschland weiterhin von den Mainstream Medien aufgenommen und unterstützt wird.

Zur Geschichte der Diaspora-Steuer

Nach der Befreiung Eritreas von der äthiopischen Besatzung am 24. Mai 1991 wollte die weltweite eritreische Diaspora etwas zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Heimat beitragen und schlug der Uebergangsregierung vor, in der Steuergesetzgebung des Landes eine Diaspora-Steuer einzuführen. 1994 nahm die Nationalversammlung diesen Vorschlag auf und beschloss die RRT/2%-Steuer, welche dann 1995 als "Rehabilitation and Recovery Tax Proclamation Nr 17" veröffentlicht wurde.

Wer muss die Steuer bezahlen?

Jede Ausland-Eritreerin/ jeder Ausland-Eritreer ist verpflichtet, diese Steuer zu bezahlen, falls er Dienstleistungen des Staates Eritrea in Anspruch nehmen will.

Die 2%-Steuer ist ein Einkommens-Steuer. Das Steuergesetz von 1995 nimmt keinen Bezug auf die Herkunft des Einkommens (Erwerbseinkommen oder anderes), d.h. auch Einkommen aus der Sozialhilfe sind steuerpflichtig.

Die Steuer wird grundsätzlich von den Steuerbehörden des Staates Eritrea erhoben, vertreten durch das Finanzministerium in Asmara. Die diplomatischen / konsularischen Vertretungen Eritreas im Ausland treiben keine Steuern ein. Die Diaspora-Steuer kann direkt bei den lokalen Banken in Eritrea oder via Banküberweisung aus dem Ausland geleistet werden. In der Vergangenheit war es möglich, die Diaspora-Steuer auch über die Konsulate zu leisten mit dem Vorteil, die enormen Bankgebühren für Geldüberweisungen aus dem Ausland nach Eritrea zu sparen.

Wozu dient die 2%-Steuer?

Wie im Gesetz festgeschrieben dient die Diaspora-Steuer dem Wiederaufbau des Landes. Die finanzielle Bedeutung der Steuer war in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit des Landes grösser als heute. So betrug der Steuerertrag der Diaspora-Steuer zwischen 2010 und 2013 durchschnittlich 20 Mio USD. Im Vergleich dazu betrug 2014 das Einkommen des Staates Eritrea aus dem Bergbau (Gold- und Kupferabbau in der Bisha-Mine) fast eine Milliarde USD: der Anteil der Diaspora-Steuer beträgt also gerade mal 2% des Einkommens aus dem Bergbau.

Heute gehen die Erträge der Diaspora-Steuer in die sozialen Dienste: in der Periode von 2010 bis 2013 betrug das Budget des Ministry of Labour and Social Welfare für die Frauen und Familien der im Krieg Gefallenen und der Kriegsverletzten 112 Mio USD, also 28 Mio USD pro Jahr, mehr als weltweit die Diaspora-Steuer einbrachte.

Gibt es "gewaltsame Steuereintreibungen" in der Schweiz?

Zum wiederholten Mal hat sich der Bundesrat auf parlamentarische Anfragen zu diesem Thema geäussert, zum letzten Mal am 25.2.2015 auf die zweite Anfrage von Nationalrätin Jacqueline Fehr/SP und stellt fest: "...die in den Medien geäusserten Hinweise auf gewaltsame Steuereintreibungen konnten durch polizeiliche Vorermittlungen bisher nicht erhärtet werden."

Es besteht kein Grund, an den Aussagen des Bundesrates und der Ermittlungskapazität der Bundespolizei zu zweifeln.

Ist die Steuer illegal?

Immer wieder wird behauptet, der UNO-Sicherheitsrat (UNSC) habe in seiner Resolution 2023 vom 5.12.2011 die RRT für "illegal" erklärt. Das ist falsch. Die UNO mischt sich in die Steuerhoheit ihrer Mitglieder prinzipiell nicht ein. In der Resolution 2013 wird Eritrea lediglich aufgefordert, die Erlöse aus der völkerrechtlich legitimen 2%-Steuer nicht dafür zu verwenden, "die Region Horn von Afrika zu destabilisieren", d.h. die Al-Shabab-Miliz in Somalia zu unterstützen. Inzwischen hat der neueste Bericht der Somalia-Eritrea-Monitoring-Gruppe (SEMG) zugegeben, dass Eritrea die Al-Shabab nicht unterstützt. Eigentlich müssten daher auch die Sanktionen gegen Eritrea abgeschafft werden. Weiter steht in der Resolution 2023, dass Eritrea keine Zwangsmassnahmen und keine Erpressung bei der Erhebung der Steuer anwenden darf.

Was passiert, wenn jemand die Diaspora-Steuer nicht bezahlt?

Es passiert gar nichts, solange der eritreische Staatsbürger keine Dienstleistungen des Staates Eritrea anfordert.

Falls er von diesem Staat, dem er die Steuer verweigert, Dienstleistungen verlangt (wie Abschriften von Geburtsurkunden, Heiratsurkunden, Erbschaftsangelegenheiten ect) wird er diese Dienstleistungen nicht erhalten, bis er die Steuern bezahlt.

Auch Reisen nach Eritrea sind nicht an die Bezahlung der Diaspora-Steuer gebunden. Im Sommer 2015 werden mehrere 10 000 Diaspora-Eritreer nach Asmara reisen: Für die Einreise am Flughafen von Asmara ist lediglich ein gültiger Eritreischer Pass oder eine ID notwendig. Wenn der Diaspora-Eritreer in Eritrea Geschäfte tätigen will oder Urkunden von den Behörden verlangt, muss die Bezahlung der Diaspora-Steuer nachgewiesen werden.

Wer in der Schweiz bezahlt die Diaspora-Steuer?

Die Steuer wird vor allem von der älteren, sog. ersten Flüchtlings-Generation bezahlt, die im Alter nach Eritrea zurückkehren will und enge Beziehungen zur Heimat und zur Familie unterhält. Von den jungen Flüchtlingen und Asylsuchenden bezahlt praktisch niemand die Diaspora-Steuer.

Da die älteren Diaspora-Leute fast alle normale Arbeitseinkommen haben und nicht von der Sozialhilfe leben, ist das Chance, dass Schweizer Sozialhilfe-Gelder via Diaspora-Steuer in die Eritreische Sozialhilfe fließen, sehr klein.

Weitere nicht fundierte Anschuldigungen der COI-E: "Menschenrechtsverletzungen in der Bisha-Mine"

Von Martin Zimmermann

Nach Anschuldigungen von Menschenrechtsorganisationen, in der Bisha-Mine (Joint Venture zwischen der Fa. Nevsun, Kanada und der eritreischen Bergbaugesellschaft ENAMCO) würden die Menschenrechte der Arbeiter verletzt indem dort „Sklavenarbeit“ von Menschen die ihren „National Service“ ableisten an der Tagesordnung sei, reagierte die Nevsun-Company mit einer Untersuchung. Die Untersuchung der Menschenrechtslage der Beschäftigten bei Bisha wurde von einer seriösen unabhängigen Untersuchungskommission, bestehend aus international angesehenen Menschenrechtsanwälten durchgeführt. Diese kommen im April 2014 zu dem Schluss, dass keine Menschenrechtsverletzungen stattfinden und in Bisha keine Menschen beschäftigt sind, die ihren National Service ableisten. Der Bericht kann auf der Webseite der Fa. Nevsun eingesehen werden: <http://www.nevsun.com/responsibility/human-rights/>.

Nun greift der Bericht der COI diese als bereits unwahr zurückgewiesenen Anschuldigungen gegen die Firma in ihrem Bericht erneut auf. Nachdem die COI sich nur auf Berichte von Flüchtlingen und Regimegegnern stützt, demonstriert die COI auch in diesem Fall ihre einseitige Methode der Herangehensweise. Trotz Versuchen von Nevsun lehnte die COI den Dialog mit Nevsun ab.

Cliff Davis, Sprecher von Nevsun hat nun auf den COI-Bericht reagiert: „Der kürzlich herausgegebene Bericht der UN „Commision of Inquiry“ (COI) beinhaltet einige sensationsheische und unglaubliche Anschuldigungen, in der Bisha-Mine würden Menschenrechte verletzt. Diese Anschuldigungen werden erhoben ohne dass die COI das Land oder die Mine besucht und besichtigt hat. Trotz Versuchen von Nevsun, mit der COI in Kontakt zu kommen, hat sich die COI entschlossen, nicht mit Nevsun über diese Anschuldigungen zu sprechen – oder den Bericht der (oben erwähnten d. Verfasser) unabhängigen Menschenrechts-Untersuchungsgruppe zur Kenntnis zu nehmen. Dies wirft ernsthafte Fragen bezüglich der Methode, des Prozesses und des Zusammentragens von Informationen für den COI-Bericht auf...“

Eritrea, „Oase des Friedens“

Von Alex Reichmuth, Die Weltwoche (www.weltwoche.ch), 25.06.2015

Über tausend Eritreer protestierten in Genf gegen die Uno, die ihr Heimatland als Hort der Unterdrückung- hinstellt. Sie verlangten die Rücknahme der Sanktionen gegen ihr Land. Doch die Argumente der Demonstranten- interessierten die Medien nicht. Sie ignorierten den Anlass.

In diesem Artikel geht es um Eritreer. Um Massen von Eritreern. Aber nicht um solche, die an der Grenze in Chiasso oder vor einem Aufnahmezentrum Schlange stehen und Asyl in der Schweiz verlangen. Es geht um über tausend Eritreer, die aus ganz Europa nach Genf gekommen waren. Sie protestierten vor dem Sitz der Uno. Sie verliehen ihrer Empörung gegen einen Bericht der Vereinten Nationen Ausdruck, der ihr Heimatland als Hort des Bösen und Schlechten bezeichnet hatte.

Wenige Tage zuvor war dieser Bericht publik geworden. Er stammt aus der Feder von Sheila Keetharuth, Chefin der Uno-Untersuchungskommission für Menschenrechte in Eritrea und frühere Aktivistin von Amnesty International. Der Bericht stellt das Land am Horn von Afrika als «totalitären Staat» dar, in dem Verschleppungen, Zwangsarbeit und Folter an der Tagesordnung seien. In Eritrea bestehe ein «Klima der Angst». Präsident Isaias Afewerki herrsche als blutiger Diktator über das Land und zwingt junge Menschen zu jahrelangem militärischem Zwangsdienst. Dort warteten «Folter, unmenschliche Lebensbedingungen und sexueller Missbrauch» auf sie.

«Stoppt, Eritrea zu dämonisieren»

Die Vorwürfe der Uno-Menschenrechtskommission wurden sogleich in vielen Schweizer Medien ausführlich zitiert. Für Flüchtlingsorganisationen waren sie der Beleg, dass die Menschen, die aus Eritrea über das Mittelmeer kommen und immer zahlreicher in die Schweiz drängen, Schutz brauchen. Die Asylbehörden Berns fühlen sich durch den Uno-Bericht bestätigt in ihrer Haltung, laut der eine Rückschaffung von Eritreern unmenschlich und grausam wäre.

Es ist ein buntes Meer an eritreischen Flaggen, das an der Demonstration vor dem Uno-Gebäude in Genf zuerst ins Auge sticht. Man sieht dunkelhäutige Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, Babys in Kinderwagen und Greise an Stöcken. Einige von ihnen drängen um ein Podium in der Mitte der Place des Nations, wo es Ansprachen in Deutsch, Französisch, Englisch und in der eritreischen Amtssprache Tigrinisch gibt.

Andere Demonstranten führen Transparente und Plakate mit. «Respektiert Eritreas Souveränität», heisst es da etwa, «Stoppt, Eritrea zu dämonisieren», «Schändlicher, unwahrer, unmenschlicher Report» oder «Eritrea: Eine Oase des Friedens». Andere tragen Bilder von Präsident Afewerki mit, mit Treuebekundungen wie «Wir sind er, er ist wir». Fragt man die Demonstranten, wie sie die Lage in ihrem Heimatland einschätzten, erfährt man Haltungen, Standpunkte und Fakten, die man noch kaum je gehört hat und die von den Schweizer Medien noch nie zum Thema gemacht worden sind.

Zur Demonstration angereist sind auch Johanna Tesfalem und Johanna Tewelde. Die beiden jungen Frauen leben in Deutschland, wurden dort geboren. Ihre Eltern standen in den achtziger Jahren der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung nahe, die gegen die Besatzungsmacht Äthiopien kämpfte. Sie mussten wegen Verfolgung und Unterdrückung ihr Land verlassen und kamen als Flüchtlinge nach Europa. Als echte Flüchtlinge. 1993 wurde Eritrea unabhängig. Doch 1998 flammte ein blutiger Krieg mit Äthiopien auf, der 2002 auf der Grundlage eines internationalen Abkommens endete.

Äthiopien aber missachtet den festgelegten Grenzverlauf bis heute, was immer wieder zu militärischen Scharmützeln mit Eritrea führt. Die internationale Gemeinschaft foutiert sich um die Grenzverletzungen und verurteilt stattdessen regelmässig Eritrea als angeblichen Unrechtsstaat.

Sanktionen auf fraglicher Grundlage

Die beiden Johannas aus Deutschland sind gut informiert über die Vorgänge rund um Eritrea. Kein Wunder, denn sie besuchen ihr Heimatland, wo ja die Unabhängigkeitsbewegung gesiegt hat, regelmässig. Die Uno-Ermittler aber seien nicht ein einziges Mal nach Eritrea gereist, um sich dort ein Bild der Lage zu machen, bemängeln die beiden Frauen. «Sie haben nur Oppositionelle befragt, die das Land verlassen haben.» Und diese würden die Verhältnisse in Eritrea natürlich möglichst düster schildern. In der Tat finden sich im Uno-Report viele Berichte von angeblichen Flüchtlingen, deren Identität aber nicht offengelegt wird. «So kann nicht einmal überprüft werden, ob es wirklich Eritreer waren – oder nicht vielmehr Somalis und Äthiopier, die unser Land schlechtmachen», bemängelt Johanna Tesfalem.

Vor allem stören die beiden Deutsch-Eritreerinnen die Wirtschaftssanktionen gegen das Land. Diese hat die Uno 2009 verhängt und später noch verstärkt – massgeblich, weil die eritreische Führung terroristischen Milizen in Somalia helfe. Allerdings musste eine Überwachungsgruppe der Uno letztes Jahr eingestehen, sie habe «keine Beweise gefunden» dafür, dass Eritrea die Al-Schabab-Miliz in Somalia- tatsächlich unterstütze. Die Sanktionen blieben dennoch in Kraft. «Diese Sanktionen sind ein Hindernis für die Entwicklung Eritreas», sagen Johanna Tesfalem und Johanna Tewelde. Die Massnahmen seien in Wahrheit eine Bestrafungsaktion, weil Eritrea selber entscheiden wolle und so die Interessen von Grossmächten durchkreuze.

Diese Sanktionen seien widerrechtlich, sagt auch ein zwanzigjähriger Eritreer, der seit vielen Jahren in der Schweiz lebt. «Vielmehr sollte die Uno Äthiopien sanktionieren, weil es ständig die festgelegte Grenzlinie verletzt.» Dass stattdessen Eritrea als Unrechtsstaat hingestellt werde, hat laut dem jungen Mann mit geopolitischen Interessen zu tun. Konkret geht es um die Kontrolle der 700 Kilometer langen Küste Eritreas zum Roten Meer, die vor allem für die USA strategisch wichtig ist. Eritrea weigere sich aber, nach der Pfeife Amerikas zu tanzen – schon seit vielen Jahrzehnten.

An der Demonstration dabei ist auch Amanuel. Der 33-Jährige ist aus London angereist. Im Alter von vier Jahren ist er mit seiner Familie vor den Wirren des Unabhängigkeitskriegs aus Eritrea geflohen. Zuerst lebte er im Sudan, später in Schweden, heute in Grossbritannien. Sein Heimatland müsse in ständiger Alarmbereitschaft bleiben, weil jederzeit ein Vorstoss Äthiopiens drohe, sagt Amanuel.

In der Tat liegen die letzten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Eritrea und Äthiopien erst drei Jahre zurück. Erst wenn die internationale Gemeinschaft bereit sei, die Aggressionen Äthiopiens zu stoppen, so Amanuel, könne Eritrea auch den National Service zurückfahren, den zu leisten junge Eritreer verpflichtet sind. Der National Service – ein öffentlicher Dienst, der militärisch oder zivil geleistet wird – ist einer der Hauptkritikpunkte gegenüber Eritrea.

Die Uno-Ermittler seien nicht ein einziges Mal nach Eritrea gereist, ist von den Demonstranten zu hören.

Laut Uno handelt es sich um einen jahrelangen, illegalen Zwangsdienst. Amanuel aber findet, solange Eritrea irgendwo zwischen Krieg und Frieden stehe, sei der Dienst Ausdruck der Selbstverteidigung. Statt dies zu kritisieren, sollte die Uno vielmehr dafür sorgen, dass ausländische Investoren nach Eritrea kommen, die Wirtschaft ankurbeln und so die Lebensbedingungen verbessern.

«Gruppendruck zur Auswanderung»

Man trifft an der Kundgebung auch einige Nichteritreer. Zu ihnen gehört Albert Zuberbühler, Vorstandsmitglied im Schweizer Unterstützungskomitee für Eritrea. Er besuche das Land seit 1967. «Ich war seither fast jedes Jahr dort – zuletzt im vergangenen Herbst.» Von den Verurteilungen Eritreas hält er schon lange nichts mehr. Das Land werde verrotten, seit es vor fast siebenzig Jahren Äthiopiens zugeschlagen worden ist. In Wahrheit gehe es den Grossmächten wie den USA um die militärische Kontrolle an Eritreas Küste.

Bezüglich National Service winkt Zuberbühler ab. «Mein Vater war während des Zweiten Weltkriegs sechs Jahre im Aktivdienst», gibt er zu bedenken. Eritrea sei heute ebenso bedroht wie die Schweiz damals. Die Fluchtgründe, die Eritreer heute in der Schweiz geltend machen, hält er für eine Farce «In Eritrea weiss man sehr genau, wie grosszügig die Schweiz ist.» Junge Eritreer würden von ihren Familien gezielt in Richtung Europa losgeschickt. Es herrsche ein eigentlicher «Gruppendruck» zur Auswanderung.

Lebenserwartung deutlich gestiegen

Unter die Demonstranten gemischt hat sich Thomas Mountain. Der amerikanische Journalist berichtet seit vielen Jahren aus Eritrea. «Ich bin der lebendige Beweis dafür, dass es in Eritrea- entgegen den Behauptungen Pressefreiheit gibt», sagt Mountain. Im Übrigen seien die Lebensbedingungen in Eritrea weit besser als sonst in Afrika. «Die Leute haben zu essen und zu trinken, sie haben ein Dach über dem Kopf, sind medizinisch gut versorgt und bekommen eine gute Schulbildung.» Damit seien die elementarsten Menschenrechte erfüllt.

Tatsächlich kann Eritrea seit der Unabhängigkeit beeindruckende Entwicklungserfolge vorweisen, etwa bei der Gesundheitsversorgung. Kindersterblichkeit und Malariafälle zum Beispiel haben massiv abgenommen, während die Lebenserwartung von 48 auf 63 Jahre gestiegen ist. Die Uno selber hat diese Erfolge bestätigt.

Einige Demonstranten beginnen Parolen zu skandieren. «Keine Lügen mehr» und «Es lebe Eritrea», rufen sie in Richtung Uno-Gebäude. Doch dieses wirkt wie ein unbeweglicher Monolith. Die Argumente der Eritreer scheinen niemanden zu interessieren – nicht bei der Uno, aber auch sonst nicht. In Schweizer Zeitungen erscheint am folgenden Tag kein einziger Bericht über die Grossdemo.

"Lasst uns in Frieden leben"

Von Toni Locher

Der Text basiert auf einem Aufruf des Präsidenten von Ecuador, Rafael Correa, an den US-Botschafter "Don't come Lecturing us about Liberty" und ist auf den COI-E-Bericht und die Situation in Eritrea angepasst:

Kommt nicht her und belehrt uns über Menschenwürde und Menschenrechte!

Wir sind nicht im Irak und in Afghanistan einmarschiert, haben nicht Libyen bombardiert und sind nicht im Dezember 2006 in Somalia eingefallen wie Euer Liebling Aethiopien.

Wir foltern nicht wie Ihr in Abu Graib, in Guantanamo und in Addis Abeba in Eurem sogenannten "Kampf gegen den Terror".

Wir senden nicht jeden Dienstag Drohnen in unsere Nachbarländer Somalia und Yemen und töten als "Kollateralschaden" unschuldige Frauen und Kinder.

Bitte erteilt uns keine Lektionen über unser Leben hier, über unser Recht und unsere Würde.

Schaut die Menschenrechte bei Euch zu Hause an. Wenn es diesen Sommer in Eritrea zu wenig regnet, hat das mit Eurer Verschwendung von Ressourcen unserer gemeinsamen Mutter Erde zu tun.

Eure Klimaerwärmung ist unsere Dürre. Ihr nehmt uns die Luft zum Atmen.

Unsere Menschenrechte gelten unseren Müttern und Kindern, die weniger unter der Geburt sterben.

Jeder ist in seinem Land für Ethik, Moral und Menschenwürde verantwortlich.

Wir brauchen Euren westlichen Moral-Export nicht!

Wir wollen nur in aller Ruhe und der nötigen Zeit unsere junge Nation mit eigenen Kräften auf bauen und dabei auch Fehler machen dürfen.

Lasst uns einfach in Frieden leben."

Zum Googeln

Videos

Youtube: Eritrea: The Battle Of Information,
<https://www.youtube.com/watch?v=kIZVB9CdFbM>

Youtube: Eritrean Demonstration in Geneva 22 June 2015,
<https://www.youtube.com/watch?v=dJRNfHxsK1M>

Vimeo: Interview Asmerom Legesse,
<https://vimeo.com/114287998>

Vimeo: Eritrea Come and See,
<https://vimeo.com/114266196>

Youtube: Eritrea takes the Guinness World Record for the Longest Painting,
http://www.youtube.com/watch?v=cq_cds5JtgE

Youtube: Dunkle Schönheit Eritrea,
www.youtube.com/watch?v=uMxRj6gaxq8

Youtube: Eritrea - zwischen Armut und Schönheit,
www.youtube.com/watch?v=YVHVYDeI5P4

Youtube: Eritrea The other Narrative,
<https://www.youtube.com/watch?v=i4LgsHMaV38>

Literatur

News24: Eritrea brings Life to the Horn,
<http://www.news24.com/Archives/City-Press/Eritrea-brings-life-to-the-horn-20150430>

E-SMART: Human Rights and Eritrea's Reality: Context is Everything,
http://www.eritrean-smart.org/Eritrea_Human_Rights_Reality_and_Context_pdf

Danish Immigration Service: Eritrea – Drivers and Root Causes of Emigration,
National Service and the Possibility of Return,
[http://www.nyidanmark.dk/NR/ronlyres/B28905F5-5C3F-409B-8A22-0DF0DACBDAEF/0/
EritreareportEndeligversion.pdf](http://www.nyidanmark.dk/NR/ronlyres/B28905F5-5C3F-409B-8A22-0DF0DACBDAEF/0/EritreareportEndeligversion.pdf)

United Nations: Development Programme Eritrea,
<http://www.er.undp.org>

Finn Church Aid: Finn Church Aid launches new project in Eritrea,
<https://www.kirkonulkomaanapu.fi/en/latest-news/news/finn-church-aid-launches-new-project-eritrea/>

Weitere Hinweise unter:
www.suke.ch/links

Das folgende Gedicht entstand als Antwort eines Eritreers auf den Artikel "Gibt es Eritrea 2 Mal?"

Von Angesom Isaaq (Übersetzung: Teclu Lebassi/Martin Zimmermann)

Gibt es ein zweites Eritrea?

Außer dem Eritrea, das die Millenniums-Entwicklungsziele 4/5/6 erfolgreich realisierte?

Die Mutter-Kind Sterberate reduzierte?

Gibt es ein zweites Eritrea?

Außer dem, das die abgelegenen Dörfer nicht vergessen hat?

Das ganze Land mit Straßen vernetzte?

Gibt es ein zweites Eritrea?

Außer dem Eritrea, das Krankheiten wie Polio ausrottete?

Gibt es ein zweites Eritrea?

Außer dem, das sich von Almosen befreite

und in der Entwicklung auf die eigene Kraft und Partnerschaft setzt?

Gibt es Eritrea zwei Mal?

Is there Eritrea twice?

Kilite Eritrea Dyen Zelewa?



Die Jugend in Asmara feiert am Vorabend des Unabhängigkeitstages am 23. Mai 2015 in der Hauptstrasse beim City-Park: "Wir sind stolz, Eritreer zu sein" (Foto: Toni Locher)